

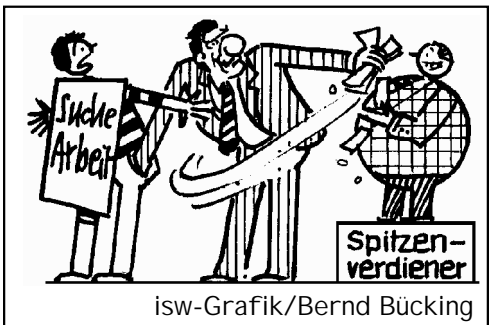
Hartz IV und AGENDA 2010:

Neue Armut für Millionen - mehr Reichtum bei Wenigen!

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) stürzt mehrere Millionen Menschen mit ihren Familien in Armut. Tausende Menschen allein in Darmstadt.

Gleichzeitig macht der Staat die Spitzenverdiener um etwa 4 Milliarden Euro reicher. Diesen Betrag kostet die erneute Absenkung des Spitzensteuersatzes um weitere drei Prozentpunkte auf dann 42 Prozent ab 01.01.2005. Allein dadurch spart ein Einkommensmillionär fast 31 000 Euro an Steuern im Jahr (einschließlich Soli-Zuschlag). Wer Arbeitslosengeld II bekommt, muss mit 345 Euro im Monat auskommen. Dies kann viele treffen, die bis jetzt nie damit gerechnet haben in der Sozialhilfe (AGLII ist doch eher Sozialhilfe II) zu landen. Facharbeiter, Ingenieure, Softwareentwickler, Sozialarbeiter... wer heute noch einen Job und gutes Einkommen hat, kann sich mit seiner Familie binnen eines Jahres im Heer der Armen und Ausgestoßenen wiederfinden. Nach dem Verlust der Arbeit und 12 Monaten Arbeitslosengeld gehts direkt zum ALG II, sofern nicht erst Kleinvermögen aufgebraucht werden muss (Sparkonto, Sparvertrag, Lebensversicherung, Schmuck, Erbstücke, Auto, Briefmarken- und Münzsammlung ...). Alles, bis auf ein paar Ausnahmen (Riester-Verträge, selbstbewohntes "angemessenes" (kleines) Haus oder Wohnung), muss bis auf eine Freigrenze (200 Euro pro Lebensjahr) aufgebraucht werden. Bis dahin gibts gar kein Geld.

Die SPD/GRÜNE Bundesregierung enteignet, gemeinsam mit CDU/CSU, die kleinen Leute um die Kassen der Konzerne und Millionäre zu füllen. Um fast 200 Milliarden Euro, auf 3.922 Milliarden Euro ist das private Geldvermögen im Krisenjahr 2003 gestiegen, meldet die Bundesbank in ihrem Juni-Bericht. Wie das Investmenthaus MerrillLynch in seinem jüngsten Welt-Reichtumsbericht ergänzend berichtet, gehören den 756 000 Euro-Millionären in Deutschland (nur Geldvermögen, wie Wertpapiere, Aktien, Barvermögen, etc.) 2.913 Milliarden US-Dollar. Das sind fast 70 Prozent des gesamten Geldvermögens in diesem Land, das der Geldadel - knapp ein Prozent der Bevölkerung - sein eigen nennt. Eine Vermögensteuer von nur einem Prozent, womit nur ein Bruchteil des jährlichen Vermögenszuwachses weggesteuert würde, brächte zusätzliche Steuereinnahmen von 29 Milliarden Dollar oder mehr als 25 Milliarden Euro. Doch die Bundesregierung nimmt das Geld den Arbeitslosen, um es unter den Reichen zu verteilen.



isw-Grafik/Bernd Bücking

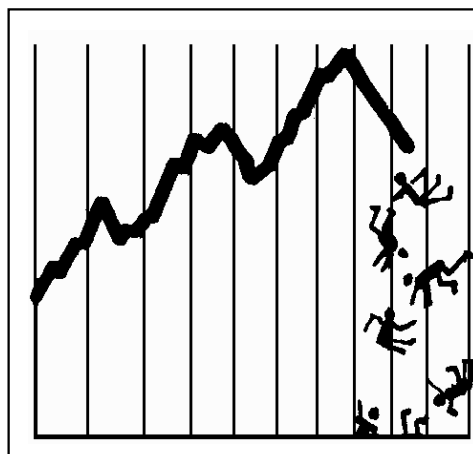
Hartz und die Kinder

Wenn wir der Bundesregierung und den „Sozialexperten“ von CDU und CSU glauben geht es bei Hartz IV, wie schon bei Renten- und Gesundheitsreform, nur um die Verbesserung der Zukunft unserer Kinder. Aber kann man dies den glauben?

Nach Schätzungen des Kinderschutzbundes wird die Anzahl der Kinder, die von Sozialhilfe oder ALG II leben müssen durch Hartz IV um 50%, von 1.000.000 auf 1.500.000 Kinder, steigen. Wie soll damit die Zukunft dieser Kinder verbessert werden?

Nach der fast schon vergessenen PISA-Studie ist Deutschland das Land, in dem die soziale Situation der Kinder besonders starke Auswirkungen auf die Bildung und Ausbildung hat. Gerade wo der Trend in Deutschland immer mehr dazu übergeht die Lehrmittelfreiheit

weiter auf Seite 3....



Statistik: Immer mehr fallen raus.

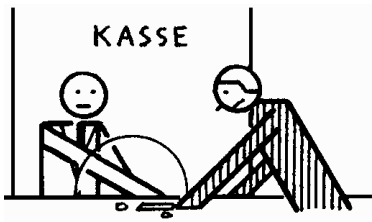
Rein statistisch wird die Zahl der Arbeitslosensinken: Wer kein Geld bekommt und auch kein Jobangebot, meldet sich nicht mehr bei der "Arbeitsagentur" Wer einen 1 €-Job bekommt fällt aus der Statistik

Tatsache

Durch die Verkürzung der Bezugsdauer beim Alg I (ab 1.1.05) auf maximal 12 Monate (18 bei über 55-jährigen) wird die Zahl der Langzeitarbeitslosen drastisch ansteigen.

isw-Grafik/Bernd Bücking

Leistungen: Regelsätze



Pauschalen				
	Alleinstehende/r	Lebenspartner	pro Kind bis 14 J.	Pro Kind 15-18 J.
West	345,00 €	311,00 €	207,00 €	276,00 €
Ost	331,00 €	298,00 €	199,00 €	265,00 €
Zuschläge in den ersten zwei Jahren				
1. Jahr	160,00 €	160,00 €	60,00 €	60,00 €
2. Jahr	80,00 €	80,00 €	40,00 €	40,00 €
Zusätzliche Leistungen: Miete/Heizung (Regelung vor Ort); Beiträge z. gesetzl. Kranken-, Pflege- u. Rentenversicherung				

isw-Grafik/Bernd Bücking

Folge:

75 % der bisherigen Bezieher von Alo-Hilfe erhalten ab 1.1. 2005 weniger oder gar keine öffentliche Unterstützung.
0,612 Mio. (27 %) keine
1,076 Mio. (48 %) geringere
0,197 Mio. (9 %) gleiche
0,364 Mio. (16 %) höhere Leistungen; Quelle: BA/BMF

Hartz IV und Wohnen

Viele offene Fragen und keine Antworten

Rund 3,1 Mio. Menschen in Deutschland haben Ende 2002 Wohngeld erhalten. Das waren ca. 10 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Vielen Bezieherinnen und Beziehern von Wohngeld ist schon vor einigen Wochen ein Merkblatt zugestellt worden. Die zentrale Aussage: Ab dem 01. Januar 2005 sind Menschen, die zukünftig Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld erhalten vom Wohngeldbezug ausgeschlossen.

Mit Hartz IV dürfen Arbeitslose nur noch „angemessen“ wohnen. Die Kommunen legen fest was unter angemessen zu verstehen ist: Obergrenzen für Quadratmetermieten, Wohnungsgröße.

Auf eine parlamentarische Anfrage hin verkündete der Magistrat der Stadt Darmstadt, er halte 342 Euro für einen Alleinstehenden (ohne Heizkosten) für angemessen. Ob dies so bleibt steht aber in den Sternen. Die Länder haben zwar zugesagt ihre Entlastung beim Wohngeld an die Kommunen weiterzugeben, aber wie ist noch offen. Und bei dem hohen hessischen Haushaltsdefizit ist Skepsis angesagt. Da auch die finanzielle Lage der Stadt Darmstadt alles andere als rosig ist wird wohl auch hier versucht werden die Wohnkosten für ALG-II-Bezieher zu senken.

Der Darmstädter Magistrat geht weiterhin davon aus, dass aufgrund von Hartz IV kein zusätzlicher Bedarf an günstigem Wohnraum erforderlich ist.

In anderen Kommunen sieht man das anders. Beispiel Leipzig. Dort hat die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft 12.000 leerstehende Plattenwohnungen wieder in ihren Bestand aufgenommen. Der Finanzchef der Wohnungsbaugesellschaft rechnet damit, „dass mit den so genannten Hartz-IV-Gesetzen der Bedarf an billigem Wohnraum drastisch steigt“. Franz G. Rips, Direktor des Deutschen Mieterbundes äußert in einem Zeitungsinterview die gleiche Befürchtung: „Ich fürchte, dass viele, die bisher Arbeitslosenhilfe und Wohngeld bezogen haben, nicht mehr in angemessener Form Wohnkostenerstattung erhalten werden. Das würde zahllose Umzüge auslösen...“ Rips geht noch einen Schritt weiter: „Ich bin mir jedenfalls sicher, dass am unteren Rand der Gruppe der Geringverdiener die Obdachlosigkeit zunehmen wird.“

Eine weitere Verschärfung, die mit Hartz IV einhergeht besteht darin, dass bei „fehlender Mitwirkung“ der ALG-II-Bezieher vorgenommene Leistungskürzungen auch die Wohnkosten mit einbezieht. Dies hat absehbar enorme Auswirkungen auf die Mietzahlungen und den Erhalt der Wohnung.

Welche „Behörden“ für die Kontrolle der Wohnsituation zuständig sind, ist zur Zeit noch unklar. In Darmstadt hat die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich eine Kooperation mit der zuständigen Bundesagentur für Arbeit beschlossen.

*weiter auf Seite 4*Unsere Forderungen

- ★ Nicht nachbessern sondern volle Rücknahme des Hartz IV - Gesetzes!
- ★ Wiederherstellung der Gewerbe- und Körperschaftssteuer als Haupteinkommenquelle für die Gemeinden.
- ★ Wiedereinführung der Vermögensteuer
- ★ Abschaffung der riesigen Steuersparmöglichkeiten für Konzerne.
- ★ Schluss mit dem Steuerparadies in Deutschland für die reichsten Konzerne (z.B. Vodafone ...)
- ★ Stopp der Steuerreform Anfang 2005, die jeden Einkommensmillionär noch zusätzlich um 100.000 Euro ¼ jährlich reicher macht.

Langzeitarbeitslose: (1 Jahr und länger arbeitslos)

**bisher:**

Alg I bis zu 32 Monate, dann Arbeitslosenhilfe (53 % Nettoverdienst)

Neu-Regelung:

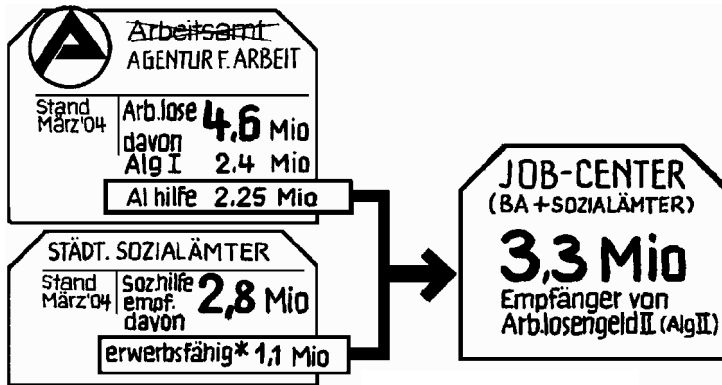
Alg I maximal 12 Monate (über 55-jährige: 18) dann Alg II (Pauschalen in Höhe der Sozialhilfe)

Folge:

Erwerbsfähige landen bereits nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe-Niveau (Armut)

isw-Grafik/Bernd Bücking

Personenkreis: Alg II-Empfänger



isw-Grafik/Bernd Bücking

*wer mind. 3 Stunden am Tage arbeiten kann

Folge:

2,25 Millionen (mit Familien ca. 4 Mio. Menschen) bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhalten künftig bestenfalls Sozialhilfe: Zunahme von Armut und Kinderarmut

Fortsetzung von Seite 1: ...Kinder.

abzubauen, die Ausstattung der Schulen von den Spenden der Eltern und Sponsoren abhängig zu machen, Studiengebühren einzuführen usw. Kurz gesagt: Arme Eltern ergeben arme Kinder dies bedeutet schlechtere Chancen in der Schule, weniger Aussichten auf einen Ausbildungsplatz und wenig Aussichten auf eine Arbeit von der man leben kann. Ist dies die Zukunft die die Bundesregierung und die CDU/CSU für die Kinder wollen?

Die Bundesregierung argumentiert, dass durch die Hartz-Gesetze die Arbeitslosigkeit gesenkt und damit den Kindern geholfen würde. Die schon eingeführten Gesetze Hartz I-III haben bisher jedoch genau so wenig die Arbeitslosigkeit gesenkt wie der Ausbildungspakt ausreichend Lehrstellen gebracht hat. Die Arbeitsplätze, die durch Hartz IV geschaffen werden, für 1-2Euro/Stunde wird die Situation der Kinder kaum verbessern. Diese Billiglohn-Arbeitsplätze werden nur die vorhandene Arbeitsplätze im sozialen und öffentlichen Bereich gefährden und Druck auf die Löhne der unteren Einkommensschichten in allen Bereichen erzeugen. Das bedeutet, die soziale Kluft in Deutschland wird noch größer.

Die Bundesregierung sagt, dass das gesparte Geld durch Hartz IV für eine bessere Betreuung von Kindern unter drei Jahren genutzt werden soll. Eine bessere Kinderbetreuung ist sicherlich eine gute und notwendige Sache. Deutschland ist in Sachen Betreuung von Kleinkindern ein Entwicklungsland. Alle berufstätigen Eltern würden eine bessere Betreuung sehr begrüßen. Wer hingegen auf dem Arbeitsmarkt ohnehin kaum Chancen auf einen Job hat, dem nützt auch eine außerhäusliche Betreuung von Kleinkindern nicht viel. Aber warum müssen die Arbeitslosen und ihre Kinder dafür bezahlen?

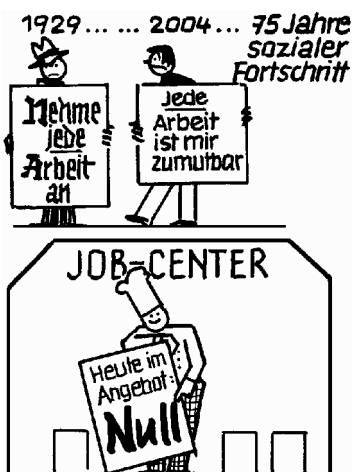
Fazit: für die Bundesregierung, CDU/CSU und ihre gemeinsamen Auftraggeber, die großen Unternehmen sind die Mehrzahl der Kinder nur Ballast in ihrer Rechnung.

Ein System, das bei der Jugend Hoffnungslosigkeit erzeugt, bei arbeitenden Menschen Angst, bei den Älteren Resignation auslöst und Tausende Menschen in Armut bringt, das ist ein menschenverachtendes System.

Friedhelm Spatz

Sozial
is´ muss!
Weg mit Hartz IV
und
AGENDA 2010

Zumutbarkeit: (als "fördern und fordern" verkauft)



fordern: Jede legale Arbeit ist zumutbar – auch an anderem Ort und weit unter Tarif bzw. ortsüblicher Bezahlung. Schröder: "Es gibt kein Recht auf Faulheit. Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden".

fördern: Angeblich Verbesserung des Service (weniger Arbeitslose pro Betreuer)

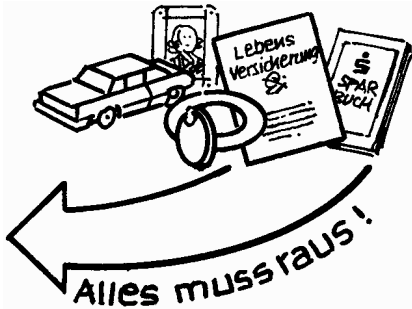
isw-Grafik/Bernd Bücking

Folgen:

Vergeudung und Verlust von Qualifikationen
Vergrößerung des Niedriglohnsektors ("Rutschbahneffekt")

Nützt nichts, wenn keine Stellen da sind.

Leistungsminderungen



isw-Grafik/Bernd Bücking

Lebenspartner: Einkommen und Vermögen des Lebenspartners, der im selben Haushalt wohnt, wird stärker mit der Hilfe verrechnet als heute.
Ersparnisse, Lebensversicherung, "Vermögen" müssen vorher weitgehend – bis zur Schongrenze – aufgebraucht werden, bevor man Alg II erhält.

(Freigrenzen/Schongrenzen: Altersvorsorge: 200 Euro je Lebensjahr; "Vermögen": 200 Euro je Lebensjahr)

Folge:

Über 600.000 Menschen (mit Familien über 1 Million) erhalten dadurch überhaupt keine Unterstützung.

Fortsetzung von Seite 1: ...Wohnen.

Bei den Verhandlungen zwischen Kommunen und der Bundesagentur wird die Höhe der Wohnkosten sicher auch ein Thema sein.

Wenn nach Hartz IV viele Menschen in „Billigwohnangebote“ gedrängt werden schaffen sich die Kommunen die sozialen Brennpunkte von morgen. In den Stadtteilen, die heute schon hohe Sozialhilfedichten aufweisen, dürfte die Situation noch dramatischer werden. Minimale und eher kosmetische Fortschritte durch solche Projekte wie „Soziale Stadt“ werden durch Hartz IV konterkariert.

Widerstand tut Not - massiver Protest gegen die Agenda 2010 in einem heißen Herbst. Im Bereich des Wohnens heißt das aber auch: Wenn Menschen in Billigwohnungen und in die Obdachlosigkeit gedrängt werden muss das auch kommunal als Verletzung der Menschenrechte aufgegriffen und angegriffen werden.

Rainer Keil, Stadtverordneter in Darmstadt

Wer sich nicht wehrt lebt verkehrt

Bei Agenda 2010 und Hartz I IV geht es um die systematische Verarmung großer Bevölkerungsteile für die Profite der großen Konzerne. Auch wenn die gut bezahlten Journalisten und „Wirtschaftsfachleuten“ im Fernseh und meisten Zeitungen behaupten das wäre gut für alle. Den Arbeitslosen werden die Gelder gekürzt, Arbeiter und Angestellte sollen für weniger Geld mehr arbeiten.

Vorteile, die sich selbständige Handwerker und Besitzer kleiner Läden erhoffen werden zum großen Teil enttäuscht werden. Wer hofft, durch unsichere Altersversorgung, unsichere Jobs, Verringerung von Löhnen und Einkommen von Arbeitslosen, würde der immer wieder geforderte Konsum angekurbelt, liegt wohl schief. Gewinnen werden hauptsächlich die großen Konzerne, die durch die Senkung ihrer Ausgaben für die Ware Arbeitskraft ihren Profit steigern wollen.


Kann man da nichts machen?

Wir wollen keine Illusionen verbreiten, solange wir im Kapitalismus leben werden die Profite der großen Konzerne wichtigstes Interesse jeder Regierung sein. Aber die Demos gegen Hartz IV und Agenda 2010 zeigen, wenn die Betroffenen sich wehren sind, wenn auch bisher nur kleine, Erfolge möglich.

Ein heißer Herbst ist nötig. Arbeitslose, Arbeiter und Angestellte, Schüler und Studenten, Rentner und Behinderte kurz gesagt alle von den der brutalen Umverteilung von unten nach oben betroffen müssen dabei sein.

Beteiligen Sie sich an Demonstrationen und Aktionen gegen Sozialabbau!!

Aktuelle Aktionen erfahren Sie unter www.dkp-darmstadt.de und 06151-788707



Statt **42-** Stunden-
Woche

4 Wochen UZ lesen!

35 Jahre UZ **Kostenlos! Sofort!**
Zeitung der DKP www.unsere-zeit.de

Zu dem Tarif problem: ich die UZ:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____ Alter: _____

Telefon: _____

Eindenden an:
CommPress-Verlag, Hofmünstr. 18, 45127 Essen
Tel.: 0201-2486482, Fax: 0201-2486484

DKP Darmstadt

c/o Rainer Keil
 Heinr.-Fulda-Weg 13
 64289 Darmstadt
 Tel.: 0 61 51-78 84 07
 email: info@dkp-darmstadt.de
 Internet: www.dkp-darmstadt.de